

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/1655 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 2. Juli 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich
über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze
im Grenzabschnitt „Salzach“ und in den Sektionen I und II
des Grenzabschnitts „Scheibelberg-Bodensee“
sowie in Teilen des Grenzabschnitts „Innwinkel“**

A. Problem

Der Verlauf der Staatsgrenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich ist durch eine genaue Dokumentierung sicherzustellen. Für Teile des Grenzabschnitts „Salzach“ ist nach Artikel 2 Abs. 2 Nr. 2 und 3 des Vertrags vom 29. Februar 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze ein Grenzurkundenwerk zu erstellen und für die Sektionen I und II des Grenzabschnitts „Scheibelberg-Bodensee“ das geltende Grenzurkundenwerk zu erneuern. Das Grenzurkundenwerk zu dem in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a des vorgenannten Vertrages angegebenen Teil des Grenzabschnitts „Salzach“ wird ebenfalls erneuert. Die Durchführung von Grenzänderungen im Grenzabschnitt „Innwinkel“ ist durch Baumaßnahmen veranlasst und dient der eindeutigen Erkennbarkeit der Staatsgrenze.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 15/1655 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 12. November 2003

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühle
Vorsitzender

Petra Ernstberger
Berichterstatterin

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichterstatter

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstatterin

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Petra Ernstberger, Dr. Andreas Schockenhoff,
Claudia Roth (Augsburg) und Dr. Rainer Stinner**

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Gesetzentwurf auf Drucksache 15/1655 in seiner 66. Sitzung am 16. Oktober 2003 beraten. Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 12. November 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, den Antrag anzunehmen.

Berlin, den 12. November 2003

Petra Ernstberger
Berichterstatlerin

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichterstatter

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstatlerin

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

